

Thema: Erhöhung der Gewerbesteuer in Beckum

Statement von Bernd Eßer

Vizepräsident der IHK Nord Westfalen und Vorsitzender im IHK-Regionalausschuss für den Kreis Warendorf (Geschäftsführer Berief Food GmbH, Beckum)

Keine Abwärtsentwicklung in Gang setzen

Bei allem Verständnis, das die lokale Wirtschaft insgesamt für die finanzielle Situation der Stadt Beckum hat: Steuererhöhungen sind keine Lösung der Probleme, vor allem keine langfristige. Im Gegenteil: Beckum wird durch die Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze als Standort für Unternehmen unattraktiver. Vor allem für Neuansiedlungen, aber auch für ansässige Betriebe, die Investitionen zeitlich aussetzen oder in andere Kommunen lenken. Das kann eine dauerhafte Abwärtsspirale für die Stadt in Gang setzen. Mittelfristig bröckelt die Unternehmensbasis und die Steuereinnahmen sinken, was zur erneuten Erhöhung der Hebesätze führt. Und so immer weiter.

Schon jetzt ist die Gesamtbelastung durch Gewerbe- und Grundsteuer für viele Unternehmen ein echter Standortnachteil, der ihre Wettbewerbsfähigkeit schwächt. Das spüren vor allem international agierende Unternehmen, von denen Beckum sehr viele hat. In Deutschland liegt die Steuerbelastung von Unternehmen bei insgesamt rund 30 Prozent. In Regionen mit besonders hohen Gewerbe- und Grundsteuersätzen sogar noch darüber. In der OECD und auch EU-weit liegen die Belastungen dagegen im Durchschnitt unter 25 Prozent.

Hinzu kommen (auch jenseits von Steueroasen mit Dumping-Hebesätzen) die immer stärkeren regionalen Unterschiede, die nach und nach die Wirtschaftsstruktur in Deutschland verändern: Eine mittelständische Kapitalgesellschaft zahlte laut Deutscher Industrie- und Handelskammer (DIHK) 2023 in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich fast 37.000 Euro pro Jahr mehr an Gewerbe- und Grundsteuer als in Niedersachsen oder sogar knapp 59.000 Euro mehr als ein Wettbewerber in Baden-Württemberg. Das sind spürbare Unterschiede, die bei vielen Unternehmen auf Unverständnis stoßen. Und zwar erst recht, wenn das Missverhältnis zwischen der Steuerhöhe und den öffentlichen Leistungen und Infrastrukturen zunimmt, die die Unternehmen benötigen. Nun ist Beckum noch nicht an diesem Punkt angekommen. Er kann aber auch nicht das Ziel sein!

Der Gewerbesteuerhebesatz liegt seit 2012 konstant bei 425 Punkten. Vielleicht gerade deshalb erscheint die geplante Erhöhung auf immerhin 439 Punkte wie der Einstieg in den oben beschriebenen Teufelskreis, zumal eine Lösung der strukturellen Probleme nicht zu erkennen ist. Das heißt, es geht so weiter! Ein Grund für eine Erhöhung der Steuern wird immer

da sein oder kommen. Wo bleibt da die Perspektive – vielleicht sogar auf eine Rücknahme der Steuererhöhung?

Dabei entwickelt sich die Gewerbesteuer in Beckum seit Jahren stabil. Während im Jahr 2017 das Gewerbesteueraufkommen bei knapp 13 Millionen Euro lag, konnte für das Jahr 2023 bereits mit Einnahmen von 21 Millionen geplant werden. Diese verlässliche positive Entwicklung auf der Einnahmenseite jetzt mit einem höheren Hebesatz bei der Gewerbesteuer abzustrafen, ist das falsche Signal. Für manchen Betrieb wird das womöglich der Tropfen sein, der den Cocktail der Kostenerhöhungen, der nicht erst seit der Energiepreisex-
plosion randvoll ist, zum Überlaufen bringt.

Die Belastung der Unternehmen mit zusätzlichen Steuern in einem schwierigen Marktumfeld führt dazu, dass den Unternehmen genau dieses Geld für Investitionen am Standort fehlt. Die derzeit ohnehin spürbare Investitionszurückhaltung der Unternehmen wirkt sich gleich zweimal negativ auch für Beckum aus: Die Investitionen fehlen, um die Wirtschaft in der Gegenwart anzukurbeln. Und sie mindern die Chancen der Unternehmen auf (steuerpflichtige!) Gewinne in der Zukunft.

Der Verweis auf Bund und Land, die immer neue Aufgaben an die Kommunen weiterreichen, ohne dafür ausreichend zu bezahlen, ist ja richtig. Ebenso der auf den Kreis und den Landschaftsverband, die mehr Geld von den Kommunen für ihre Aufgaben verlangen. Aber wenn man nicht mit in das zunehmend turbulente Fahrwasser hierzulande geraten will, in dem alle auf die anderen zeigen, dann sollte man versuchen, es anders zu machen. Sprich, die finanziellen Forderungen nicht einfach nach unten weiterreichen – frei nach dem Motto: Die Letzten beißen die Hunde. Kommunen wie Rheine, wo eine angekündigte Steuererhöhung zurückgenommen wurde, zeigen, dass das geht. Nach Medienberichten wurde in sämtlichen Fach- und Sonderbereichen der Stadtverwaltung „alles umgedreht“.

Wenn der Stadtkämmerer in Beckum zudem auf die Inflation verweist, gegen die sich nicht ansparen lasse, so muss dieses Argument doch wohl auch für Unternehmen gelten. Mit dem Unterschied, dass die Unternehmen nicht die Möglichkeit haben, durch Steuererhöhungen ihre „Haushaltssituation“ zu verbessern. Sie stehen in knallharter Konkurrenz, bei der sie es sich nicht lange leisten können, die Wettbewerbsfähigkeit zu verschlechtern. Im Unterschied zu Kommunen, die höchstens in der Haushaltssicherung landen, verschwinden solche Unternehmen ganz schnell von der Bildfläche, sprich: vom Markt.

Deshalb: Auch für Beckum führt kein Weg an einer langfristig wirksamen Konsolidierung der Finanzen vorbei. Das ist immer eine unangenehme Aufgabe, aber auch in Unternehmen nicht anders, wenn die Kosten davonlaufen und die Umsätze und Gewinne sinken. In aller Regel hilft hier nicht eine einzelne Maßnahme. Vielmehr ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Erzielung des Ausgleichs zwischen Kosten und Erträgen notwendig. Geht man so nicht an die Aufgabe heran, dann verlängert sich das Elend: Wenn man nur mit Hilfe einer

Einnahmenerhöhung die strukturell notwendigen Maßnahmen vermeidet, holt einen das Thema im nächsten und den darauffolgenden Jahren umso heftiger ein.

Der langfristig wichtigste Schlüssel zur Verbesserung der Finanzlage liegt darin, Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten. Erstens den bereits ansässigen, damit sie weiterhin am Standort investieren. Und zweitens für neue, steuerstarke Unternehmen, die sich ansiedeln wollen. Dazu müssten die richtigen Weichen gestellt werden. Was ich damit meine: Bei der Aufstellung des Regionalplanes sollte zum Beispiel die Möglichkeit, Potenzialflächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungen anzumelden, maximal ausgeschöpft werden. Das hat Beckum versäumt. Im Vergleich der Kommunen aus dem Kreis Warendorf liegt Beckum hier auf dem letzten (13.) Platz. Mit einem Faktor von nur 0,73 bleibt Beckum sogar deutlich unter dem errechneten Bedarf, der dem Faktor 1,0 entspräche, zurück. Geschweige denn nutzt die Stadt die neuen Möglichkeiten, Potenzialbereiche bis zum Dreifachen des errechneten Bedarfs festzulegen.

Da liegt gerade auch angesichts der Perspektive für die oben aufgezeigte Lösung die Frage auf der Hand, warum Beckum auf die zugestandenen Wachstumspotenziale verzichtet, andererseits aber die Bestandsunternehmen durch eine Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze zusätzlich belastet. Dabei bietet die Lage unserer Stadt in der Nähe der A 2, mit guten Anbindungen an das nördliche Ruhrgebiet, beste Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Diese Lage muss in Wert gesetzt werden.

Dafür benötigt Beckum ein Konzept, zu dem auch eine Industriestrategie gehört. An der Erarbeitung beteiligt sich die lokale Wirtschaft gerne und bringt sich zusammen mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IHK Nord Westfalen in den Prozess ein. Als Vorsitzender im IHK-Regionalausschuss für den Kreis Warendorf bin ich zu einem dauerhaften Dialog bereit, um Beckum auch langfristig auf eine sichere Basis von erfolgreichen Unternehmen zu stellen. Denn gerade angesichts der geopolitischen Verwerfungen, auf die wir wenig Einfluss haben, müssen wir vor Ort alles dafür tun, beste Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu sichern oder zu schaffen.

Beckum, 12. Januar 2024